



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 75. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 29. April 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Jörg Nobis (AfD)
Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2112 Übersendungsschreiben des Landtagspräsidenten vom 14. April 2020 Umdruck 19/3845 Ergänzungen betr. Einzelplan 10 Umdruck 19/3896 Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/3939	
2. Bericht der Landesregierung über den Stand der Auszahlung der Corona-Hilfsprogramme des Landes	9
Antrag der Abg. Beate Raudies (SPD) Umdruck 19/3865	
3. Bericht des Wirtschaftsministeriums über die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft auf das Land Schleswig-Holstein	11
Berichts-antrag der Fraktion der AfD Umdruck 19/3898 (dieser Punkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO nicht öffentlich und vertraulich beraten)	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schul- und hochschulrechtlicher Vorschriften, des Lehrkräftebildungsgesetzes, des Pflegeberufekammergesetzes, des Heilberufekammergesetzes, diverser Sozialgesetze, des KiTa-Reformgesetzes, des Kindertagesstätten-gesetzes, des Kindertagesförderungsgesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes aufgrund der Corona-Pandemie	12
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2122	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften	13
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2043 Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/3923	

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes 14

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2060](#)

7. Information/Kenntnisnahme 15

[Umdruck 19/3698](#) - Sondervermögen
[Umdruck 19/3720](#) - Sondervermögen
[Umdruck 19/3722](#) - Haushaltsvollzug 2019
[Umdruck 19/3751](#) - Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
[Umdruck 19/3758](#) - Coaching-Konzept
[Umdruck 19/3769](#) - LKN-SH
[Umdruck 19/3771](#) - IT-Projekte
[Umdruck 19/3777](#) - Stellen Hochschulen
[Umdruck 19/3789](#) - Ausbildungsmessen
[Umdruck 19/3802](#) - Rechtsverordnung zur Konjunkturbereinigung
[Umdruck 19/3803](#) - Task Force IMPULS
[Umdruck 19/3832](#) - Investitionspakt Soziale Integration im Quartier
[Umdruck 19/3834](#) - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung
[Umdruck 19/3839](#) - Ausbau Kinderbetreuungsplätze
[Umdruck 19/3842](#) - Grundsteuerreform
[Umdruck 19/3843](#) - Fachrechtskontrolle Pflanze
[Umdruck 19/3844](#) - Kosovo-Rückkehrprojekt
[Umdruck 19/3857](#) - Konsolidierungshilfen
[Umdruck 19/3858](#) - katholische Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten
[Umdruck 19/3871](#) - Steuerstundung
[Umdruck 19/3877](#) - Pflegekräfte
[Umdruck 19/3882](#) - Härtefallfonds Corona
[Umdruck 19/3900](#) - schulische Betreuungsangebote

8. Verschiedenes 16

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2112](#)

Übersendungsschreiben des Landtagspräsidenten vom 14. April 2020
[Umdruck 19/3845](#)

Ergänzungen betr. Einzelplan 10
[Umdruck 19/3896](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/3939](#)

Umdrucke [19/3878](#), [19/3879](#), [19/3880](#), [19/3886](#), [19/3897](#), [19/3950](#)

Finanzministerin Heinold führt in den 2. Nachtrag ein und sagt zu, den Finanzausschuss monatlich über den Mittelabfluss der Haushaltsmittel zur Bewältigung der Coronakrise zu unterrichten (Umdruck 19/3950). Aus der globalen Mehrausgabe werde das Land Mindereinnahmen des Studentenwerks in Höhe von 1,5 Millionen € im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe und gegebenenfalls auf 125 Millionen € geschätzte Einnahmeausfälle des UKSH ausgleichen. Ein Drittel der Kosten des Pflegebonus für die Altenpflege teilten sich Arbeitgeber und Land, für die Krankenpflege gebe es noch keine Lösung. Die zur Bewältigung der Coronakrise aufgenommenen Kredite sollten ab 2023 über 20 Jahre mit jährlich 35 Millionen € getilgt werden. Die haushalts- und finanzpolitischen Herausforderungen nähmen immer weiter zu.

Abg. Raudies kritisiert, dass die Antwort des Bildungsministeriums auf ihre Frage zu den Hilfen für Offene Ganztagsbetreuung vom 7. April 2020 erst am 28. April 2020 vorgelegt worden sei (Umdruck 19/3900). Sie fragt die Landesregierung, ob sie die Ausgaben für den Pflegebonus näher beziffern könne und ob es Überlegungen gebe, Änderungen am Mittelstandssicherungsfonds vorzunehmen.

Ministerin Heinold teilt mit, Mittel aus dem Darlehensprogramm für kleinere Kredite sollten in das Programm für größere Darlehen flexibel und bedarfsgerecht umgeschichtet werden. Es

gebe derzeit keine Überlegungen, die als Darlehen gewährten Hilfen in Zuschüsse umzuwandeln oder den Kreis der Anspruchsberechtigten zu erweitern.

Abg. Herdejürgen fragt, ob der Pflegebonus auch Beschäftigten in Einrichtungen der Eingliederungshilfe gezahlt werde.

Herr Dr. Badenhop, Staatssekretär im Gesundheitsministeriums, macht darauf aufmerksam, dass die administrative Ausgestaltung der Zahlung eines Pflegebonus eine bürokratische Herausforderung sei und Zeit brauche.

Abg. Harms kommt zu dem Ergebnis, dass der Großteil der Corona-Hilfsgelder bereits verplant sei und das Land die Bereitstellung von Finanzmitteln in dieser Größenordnung nicht mehrere Monate durchhalten könne. Umso wichtiger sei es, eine vorsichtige Öffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens vorzubereiten sowie transparent und rechtzeitig zu kommunizieren.

Abg. Petersdotter hält es für wichtig, bei aller Notwendigkeit der Corona-Hilfsmaßnahmen deren Relation zur Dauer der Tilgung der dafür aufgenommenen Kredite nicht aus dem Blick zu verlieren.

Auch Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, weist darauf hin, dass die Finanzen des Landes begrenzt seien. Sie bittet darum, die Zahl des UKSH zu plausibilisieren.

Staatssekretär Dr. Badenhop macht darauf aufmerksam, dass der Satz von 560 € pro leerem Bett für den Maximalversorger UKSH nicht kostendeckend sei. Man werde elektive Eingriffe in den Krankenhäusern jetzt wieder zulassen.

Abg. Raudies bittet die Landesregierung, dem Finanzausschuss schriftlich zu erläutern, wie sich der Verlust des UKSH infolge der Coronakrise errechne. Sodann bringt sie den Änderungsantrag der SPD, Umdruck 19/3939, ein.

Abg. Krämer hebt auf die finanzielle Belastung des Landes ab. Das Land stelle zusätzlich 1 Milliarde € zur Verfügung, um Menschenleben und im Kern gesunde Unternehmen vor der

Insolvenz zu retten und Arbeitsplätze zu erhalten. Weitere Millionenbeträge seien keine kleinen Beträge und wären angesichts der Dimension des Haushalts schwer zu verkraften.

Herr Dr. Knothe, Leiter der Stabsstelle Medienpolitik in der Staatskanzlei, teilt mit, dass die privaten Radiosender RSH, Bob und Delta, die beiden lokalen Radiosender in Lübeck und auf Sylt sowie das regionale TV-Unternehmen auf Sylt seit sieben Wochen faktisch keine Werbeeinnahmen mehr generierten, aber unvermindert hohe Ausgaben hätten, gerade vor dem Hintergrund eines erhöhten Informationsanspruchs der Bevölkerung. Daher wolle man diese Sender mit insgesamt 200.000 € unterstützen, was beihilferechtlich und verfassungsrechtlich möglich sei, und für zwei Monate die Hälfte der Verbreitungskosten der Sender übernehmen.

Abg. Harms begrüßt die Hilfe für die privaten Sender.

Abg. Raudies macht darauf aufmerksam, dass auch bei den Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Einnahmen wegbrächen.

Abg. Petersdotter wundert sich über den Vorschlag der Landesregierung und erwartet dazu schriftliche Informationen.

Herr Dr. Knothe weist darauf hin, dass die Werbeeinnahmen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nur 7 % der Einnahmen ausmachten und ARD und ZDF bisher kaum signifikante Werbeverluste zu verzeichnen hätten. Die Presse sei bisher nicht mit Forderungen an das Land herangetreten. Die Verbreitungskosten von RSH, Bob und Delta betrügen monatlich circa 155.000 €, die Verbreitungskosten des lokalen Radios in Lübeck 8.000 € und des Radios auf Sylt 2.000 €, die Verbreitungskosten von Antenne Sylt 3.800 €.

Ministerin Heinold sagt zu, den Finanzausschuss über die Berechnung der Verluste des UKSH ebenso zu informieren wie über den Stand des Bundesprogramms zur Anschaffung digitaler Geräte für Schülerinnen und Schüler.

Auf eine Frage von Abg. Raudies teilt Staatssekretär Dr. Badenhop abschließend mit, Artikel 26 Nummer 1 c des Corona-Artikelgesetzes (Einfügung von § 25 c in das Kita-Gesetz)

sehe die Möglichkeit der Kostenerstattung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe an Eltern vor, die ihre Kinder in Hamburger Kitas betreuen ließen.

Der Finanzausschuss will seine Beratungen über den 2. Nachtrag am 6. Mai 2020 abschließen.

2. Bericht der Landesregierung über den Stand der Auszahlung der Corona-Hilfsprogramme des Landes

Antrag der Abg. Beate Raudies (SPD)
[Umdruck 19/3865](#)

Wirtschaftsminister Dr. Buchholz führt aus, vom Soforthilfe-I-Zuschussprogramm des Bundes in Höhe von 1,36 Milliarden € seien bisher 287.539.906 € ausgezahlt worden. 90,81 % der 50.136 Anträge seien abgearbeitet, nur noch 6 % der Anträge seien unbearbeitet; die unbearbeiteten 3.626 Anträge sollten noch im April 2020 bearbeitet werden.

Vom Soforthilfe-II-Programm des Landes in Höhe von 150 Millionen € seien von den 1.750 eingegangenen Anträgen 153 unbearbeitet; über 70 % der Anträge seien bearbeitet, knapp 35 Millionen € seien ausgezahlt worden.

Der Mittelstandssicherungsfonds in Höhe von 300 Millionen € sei in zwei Tranchen aufgeteilt: Für ein Kreditvolumen bis 50.000 € stünden 150 Millionen € zur Verfügung, für die zweite Tranche zwischen 50.000 und 750.000 € ebenfalls 150 Millionen €. Für die kleineren Kreditvolumina bis 50.000 € seien bis gestern nur knapp 10 Millionen € abgeflossen. Insgesamt seien aus dem Fonds 116.397.826 € ausgezahlt worden. Von 962 eingegangenen Anträgen seien 20 Anträge noch unbearbeitet. Man wolle die Mittel innerhalb des Mittelstandssicherungsfonds zugunsten der höheren Darlehen umschichten und zu einem späteren Zeitpunkt über eine Ausweitung des Fonds entscheiden.

Der Finanzausschuss bedankt sich bei der Investitionsbank, der KfW und dem Ministerium für die zügige Umsetzung der Hilfsprogramme.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies und Nobis antwortet der Minister, die Krise gebe Veranlassung, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung massiv voranzutreiben. Natürlich sei bei Förderprogrammen des Staates Missbrauch nicht auszuschließen, die Missbrauchsfälle hielten sich allerdings in einer überschaubaren Größenordnung und würden staatsanwaltlich verfolgt. Bei den Anträgen finde eine Plausibilitätskontrolle statt.

Finanzministerin Heinold wiederholt ihren Appell, ehrlich mit Steuergeldern umzugehen und keinen Subventionsbetrug zu begehen, der strafrechtlich verfolgt werde.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 11:45 bis 12:00 Uhr)

3. Bericht des Wirtschaftsministeriums über die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft auf das Land Schleswig-Holstein

Berichts Antrag der Fraktion der AfD

[Umdruck 19/3898](#)

(dieser Punkt wird gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO nicht öffentlich und **vertraulich** beraten)

Der Ausschuss nimmt in vertraulicher Sitzung einen Bericht von Wirtschaftsminister Dr. Buchholz entgegen (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schul- und hochschulrechtlicher Vorschriften, des Lehrkräftebildungsgesetzes, des Pflegeberufekammergesetzes, des Heilberufekammergesetzes, diverser Sozialgesetze, des KiTa-Reformgesetzes, des Kindertagesstättengesetzes, des Kindertagesförderungsgesetzes sowie des Finanzausgleichgesetzes aufgrund der Corona-Pandemie

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2122](#)

(erste und zweite Lesung in der Mai-Tagung des Landtags vorgesehen)

Der Finanzausschuss befasst sich kurz mit dem Gesetzentwurf und beschließt einstimmig, kein eigenes Votum dazu abzugeben.

5. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2043](#)

(überwiesen am 18. März 2020; **Verfahrensfragen**)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/3923](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, zu beiden Vorlagen schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2060](#)

(überwiesen am 18. März 2020; **Verfahrensfragen**)

Auf Vorschlag von Abg. Plambeck beschließt der Finanzausschuss gegen die Stimme der AfD, den Vorsitzenden der Sachverständigenkommission, den Landesrechnungshof und das Finanzministerium um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Der Antrag von Abg. Nobis, darüber hinaus den Bund der Steuerzahler um Stellungnahme zu bitten, wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

7. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 19/3698](#) - Sondervermögen
- [Umdruck 19/3720](#) - Sondervermögen
- [Umdruck 19/3722](#) - Haushaltsvollzug 2019
- [Umdruck 19/3751](#) - Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
- [Umdruck 19/3758](#) - Coaching-Konzept
- [Umdruck 19/3769](#) - LKN-SH
- [Umdruck 19/3771](#) - IT-Projekte
- [Umdruck 19/3777](#) - Stellen Hochschulen
- [Umdruck 19/3789](#) - Ausbildungsmessen
- [Umdruck 19/3802](#) - Rechtsverordnung zur Konjunkturbereinigung
- [Umdruck 19/3803](#) - Task Force IMPULS
- [Umdruck 19/3832](#) - Investitionspakt Soziale Integration im Quartier
- [Umdruck 19/3834](#) - Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung
- [Umdruck 19/3839](#) - Ausbau Kinderbetreuungsplätze
- [Umdruck 19/3842](#) - Grundsteuerreform
- [Umdruck 19/3843](#) - Fachrechtskontrolle Pflanze
- [Umdruck 19/3844](#) - Kosovo-Rückkehrprojekt
- [Umdruck 19/3857](#) - Konsolidierungshilfen
- [Umdruck 19/3858](#) - katholische Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten
- [Umdruck 19/3871](#) - Steuerstundung
- [Umdruck 19/3877](#) - Pflegekräfte
- [Umdruck 19/3882](#) - Härtefallfonds Corona
- [Umdruck 19/3900](#) - schulische Betreuungsangebote

Abg. Raudies bittet darum, die Umdrucke 19/3758 (Coaching Konzept) und 19/3789 (Ausbildungsmessen) im Zusammenhang mit den Berichten der Staatskanzlei zur Personalgewinnung und zum Personalmanagement Anfang 2021 wieder aufzurufen.

Zu Umdruck 19/3843 (Fachrechtskontrolle Pflanze) bittet Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, das Landwirtschaftsministerium, vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaftskammer über die Folgen für die Kostenerstattung für die Aufgabe Pflanzenschutz zu berichten.

Auf Vorschlag von Abg. Petersdotter vereinbart der Ausschuss, Umdruck 19/3857 (Konsolidierungshilfen) als ordentlichen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen mit der Spitze des Innenministeriums zu beraten.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke (bis auf Umdruck 19/3857) zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

a) Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, informiert den Finanzausschuss gemäß § 72 Absatz 1 Nummer 4 des Landesbeamtengesetzes über ihre ehrenamtliche Tätigkeit als Revisorin beim Deutschen Golfverband e.V.

b) Folgende nächste Präsenzsitzungen des Finanzausschusses sind geplant:

- Mittwoch, 6. Mai, 10:30 Uhr (Beschlussfassung Nachtragshaushalt)
- Donnerstag, 14. Mai, 10 Uhr
- Mittwoch, 20. Mai, 9:30 Uhr
- Donnerstag, 28. Mai, 10 Uhr (eventuell)

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer